

# Arbeitnehmerfamilien entlasten

Abgeordnete und Arbeitnehmervertreter der Parteien zum Tag der Arbeit am 1. Mai

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai melden sich regelmäßig auch die Nürtinger Bundestagsabgeordneten und politischen Arbeitnehmervereinigungen zu Wort.

(pm) Zum 1. Mai erklärt der Bundestagsabgeordnete **Rainer Arnold (SPD)**, dass der diesjährige Tag der Arbeit ein besonderer Tag sei. Denn am 23. Mai feiert die SPD ihren 150. Geburtstag. An diesem Tag wurde damals der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, aus dem die Sozialdemokratische Partei hervorging. Nach wie vor gelte für die SPD: Eine freie und gerechte Gesellschaft sei nur mit freien Gewerkschaften und starken Arbeitnehmervertretungen möglich. Die derzeit guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen in Deutschland seien auch ein Ergebnis guter sozialdemokratischer Politik, so Arnold. Allerdings müssten Instrumente und Reformen stets auf deren Wirksamkeit überprüft und Fehlentwicklungen korrigiert werden. Die SPD setze sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Gute Arbeit bedeute aber auch, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen wieder die Regel werden und befristete Arbeitsverträge eingeschränkt werden. Leiharbeit könne nur als Ausgleich für kurzfristige Auftragsspitzen und nicht als Ersatz der Normalarbeitsverhältnisse herhalten. Dabei gelte, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden solle. Eine gute Arbeit sei zudem Voraussetzung für gute Renten. Man brauche eine Mindestabsicherung im Alter.

Ebenso sei ein gerechter Lohn unabdingbar. Seit einigen Jahren finde jedoch ein

Prozess massiver Entwertung von Arbeit statt. Der Arbeitsmarkt sei tief gespalten und prekäre Beschäftigungen haben zugenommen.

Bildung sei der Schlüssel zu selbstbestimmtem, teilnehmendem Leben. Dafür müsse man ausreichend Lehrer, Kitas und Ganztageschulen bereitstellen. Das dafür benötigte Geld wollen sich die Sozialdemokraten durch einen höheren Spitzensteuersatz von 49 Prozent sowie höhere Steuern auf Kapitalerträge und eine Vermögenssteuer holen. Zum Gerechtigkeitsempfinden gehöre, dass starke Schultern mehr tragen sollten als schwache.

Kein anderes europäisches Land habe sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise derart gut behauptet wie Deutschland, betont der Bundestagsabgeordnete **Michael Hennrich (CDU)**. Hier hätten junge Menschen hervorragende Chancen, Ausbildung und Arbeit zu finden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätten in den vergangenen Jahren an einem Strang gezogen. Gerade weil die Tarifpartner bewiesen haben, dass sie ohne Bevormundung durch die Politik die richtigen Entscheidungen treffen, seien sie auch die beste Ebene, um Mindestlöhnen zu vereinbaren, so Hennrich. Erst kürzlich habe das im Friseurhandwerk beispielgebend funktioniert.

Hennrich traue Gewerkschaften und Arbeitgebern zu, dass sie in ihren jeweiligen Branchen und Regionen den bestmöglichen Ausgleich schaffen, der faire Löhne, wettbewerbsfähige Produkte und damit Arbeitsplatzsicherheit gewährleiste. Politisch motivierte Ungleichgewichte in dieser Balance führten über kurz oder lang zum Scheitern. Sorge bereite ihm als Gesundheitspolitiker die Zunahme psychischer Erkrankungen, oft durch berufliche, aber auch private Überbelastungen hervorgeru-

fen. Man müsse darauf achten, dass die Arbeitsbedingungen auch genügend Raum für Erholung und Regeneration lassen. Hier seien Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen gefordert. Sich eine Auszeit zu nehmen und im Kreis der Familie zu entspannen – dafür könne der 1. Mai eine Gelegenheit sein, so Hennrich.

Die **Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft** Kreisverband Esslingen (CDA) fordert angesichts des Tags der Arbeit eine steuerliche Entlastung der Arbeitnehmer. Sie seien vor allem durch die stark angestiegenen Energiekosten steuerlich in hohem Maße zusätzlich belastet worden. Preise für Benzin und Heizöl seien in den vergangenen Jahren stark angestiegen und damit verbunden auch die indirekte Steuerlast. Zudem sei der Strompreis auf Rekordniveau, stellt der CDA-Kreisvorsitzende Peter Schuster fest.

Die Kombination von hohen Sozialversicherungsbeiträgen, hohen Steuern und hohen Energiepreisen belasteten Arbeitnehmer und Unternehmer gleichermaßen und bedrohen aus der Sicht Schusters mittel- und langfristig die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Da die demografische Entwicklung bei den Sozialversicherungsbeiträgen wenig Spielraum nach unten lasse und überhöhte Lohnforderungen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Mittelständler schwächen, seien Steuersenkungen der einzige Weg, die Familien zu entlasten.

Zudem plädiert der CDA-Kreisvorsitzende für einen Strafzoll von 30 Prozent für Solartechnologie aus China. Massive staatliche Subventionen ermöglichten der chinesischen Solarindustrie einen ruinösen Dumpingpreiskampf. Dieser gehe zu Lasten der deutschen Produzenten und damit auf Kosten der hiesigen Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftssegment.